

Europäische Sicherheit gemeinsam gestalten

Impulse der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zur Europawahl 2024



Grecaud Paul - stock.adobe.com



**Gewerkschaft
der Polizei**

Bundесvorstand

Inhalt

1. Das Politikfeld „Europäische Innere Sicherheit“ aufwerten	3	8. Gewalt gegen Frauen beenden	5
2. Gute Arbeitsstandards bei gemeinsamen Einsätzen sicherstellen	3	9. Sicherheitsrelevante Rechtsgrundlagen europaweit harmonisieren	5
3. Mitbestimmung für Beschäftigte in Auslandsverwendungen verbessern	3	10. Die Bekämpfung von Cybercrime forcieren	5
4. Mehr Sicherheit schaffen durch intensivere Förderung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit	3	11. Strukturförderprogramme in Ballungsräumen unter interkultureller Schwerpunktsetzung initiieren	5
5. Polizeibeschäftigten den Zugang zu europäischen Austauschprogrammen erleichtern	4	12. Klimaresilienz von Sicherheitsbehörden und Polizeien fördern	6
6. Wertschätzung aktiver und ehemaliger Polizeibeschäftigter europaweit zum Ausdruck bringen	4	13. Krisenfestigkeit der Sicherheitsbehörden in Europa sicherstellen	6
7. Schwerpunktsetzungen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität vornehmen	4	14. Ziel der Vision Zero im Verkehr weiter vorantreiben	6

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Stromstr. 4, 10555 Berlin
www.gdp.de

Verantwortlich:

Bundesgeschäftsstelle Abt. II
Jeldrik Grups
jeldrik.grups@gdp.de

Layout:

Wölfer Druck + Media
42781 Haan

Stand:

Oktober 2023

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Es herrscht wieder Krieg in Europa. Dabei sehnen sich die Europäerinnen und Europäer nach Sicherheit. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Europawahl 2024 gibt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) deshalb die folgenden Impulse:

1. Das Politikfeld „Europäische Innere Sicherheit“ aufwerten

Die GdP empfiehlt die Schaffung eines **spezialisierten Parlamentsausschusses im Europäischen Parlament**, der sich gezielt mit innerer Sicherheit befasst.

Ein spezialisierter Parlamentsausschuss „Innere Sicherheit“ hätte die Aufgabe, gezielt politische Maßnahmen für das Politikfeld zu erarbeiten. Es würde sichergestellt, dass die Europäische Innere Sicherheit einen angemessenen Platz auf der politischen Agenda bekommt. Dies würde eine kontinuierliche Diskussion und Analyse gewährleisten, anstatt sie in allgemeineren Ausschüssen zu behandeln. Durch einen spezialisierten Ausschuss bekäme das Europäische Parlament zugleich auch im Politikfeld der Europäischen Inneren Sicherheit ein deutliches institutionelles Gewicht und wäre besser als derzeit in der Lage, die grundlegenden sicherheitsbezogenen Bedürfnisse und Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger gegenüber den anderen europäischen Institutionen zu repräsentieren. Hier könnten auch Themen der Polizeibeschäftigten oder gemeinsame politische Leitlinien in der Ausgestaltung der Inneren Sicherheit beraten und beschlossen werden.

2. Gute Arbeitsstandards bei gemeinsamen Einsätzen sicherstellen

Einheitliche und **hohe Standards für Polizeibeschäftigte bei gemeinsamen Einsätzen** in europäischen Agenturen müssen gewährleistet werden.

Bei europäischen Agenturen wie FRONTEX, OLAF oder Europol arbeiten Polizeibeschäftigte aller EU-Mitgliedstaaten zusammen. Zusätzlich wirken Polizeibeschäftigte weltweit in zivilen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Auffällig ist, dass trotz gleicher Sicherheitsarbeit keine gleichen Standards für die Beschäftigten gelten. Arbeitszeiten, Urlaubsregelungen oder Entschädigungen bei Verletzungen im Einsatz unterliegen unterschiedlichen nationalstaatlichen Regularien. Vor diesem Hintergrund ist klar: Wir brauchen einheitliche, hohe Standards für den gemeinsamen Einsatz.

3. Mitbestimmung für Beschäftigte in Auslandsverwendungen verbessern

Die GdP fordert rechtsverbindliche Regelungen auf europäischer Ebene, um die **Mitbestimmung der Polizeibeschäftigten in internationalen Polizeimissionen** sicherzustellen.

Aktuell besteht aus Sicht der Beschäftigten auf europäischer Ebene ein starkes Mitbestimmungsdefizit, und es gibt diverse offene Fragen insbesondere bei der Zuständigkeit und Begleitung von internationalen Polizeimissionen. Vor diesem Hintergrund ist eine rechtsverbindliche Regelung für die Beschäftigtenvertretung der Polizeien auf europäischer Ebene unerlässlich. Nur durch eine solche ist sichergestellt, dass alle Belange der Beschäftigten rechtzeitig erkannt und durch eine starke Mitbestimmung im Sinne der Beschäftigten entschieden werden. Konsultations- und Informationsrechte sind hierbei großzügig einzuräumen.

4. Mehr Sicherheit schaffen durch intensivere Förderung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit

Die GdP betont die Notwendigkeit einer **verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeien und Sicherheitsbehörden in Europa** und der Schaffung eines klaren Rahmens für gemeinsame Polizeiarbeit.

Die Polizeien der europäischen Mitgliedstaaten unterliegen unterschiedlichen nationalen Vorschriften, während nationale Grenzen für Kriminelle an Bedeutung verlieren. Daher bedarf es auf europäischer Ebene verstärkter Anstrengungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Schaffung einheitlicher Instrumente sowie eines leichteren Informations- und Datenaustauschs für die nationalen Polizeibehörden. In diesem Zusammenhang muss die europäische Ebene eine stärkere Rolle einnehmen und die Harmonisierung nationaler Vorschriften weiter vorantreiben.

Durch eine gezielte Förderung von Leuchtturmprojekten grenzüberschreitender Polizeizusammenarbeit (z. B. bei transnationalen Polizeieinheiten wie der DFEE) lassen sich beispielsweise wichtige ‚Lessons Learned‘ generieren, die für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit europaweite Erfahrungen liefern können. Hier muss ein strukturierter transnationaler Wissenstransfer sichergestellt werden.

Daneben spielt die gezielte Förderung polizeirelevanter Sicherheitsforschung (z. B. in den Bereichen Technologie, etwa zur Frage der Nutzbarmachung von KI-Anwendungen für die Polizeiarbeit sowie auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft) eine bedeutende Rolle und kann wichtige praxisrelevante Erkenntnisse liefern, um die Polizeiarbeit grenzüberschreitend zu verbessern.

5. Polizeibeschäftigten den Zugang zu europäischen Austauschprogrammen erleichtern

Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch die kulturelle und sprachliche Integration der Polizeien und ihrer Beschäftigten europaweit verbessert wird. Vor diesem Hintergrund muss das europäische **Austauschprogramm Erasmus+ für Polizeibeschäftigte** ausgeweitet und der Zugang hierzu erleichtert werden.

Wie in anderen Arbeits- und Lebensbereichen ist es auch im Polizeibereich von zentraler Bedeutung, vor allem jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, die europäische Vielfalt und die Diversität des Lebens, Lernens und Arbeitens im europäischen Ausland kennenlernen zu können. Dies fördert das Verständnis für europäische Gemeinsamkeiten und Unterschiede – auch im Polizeibereich – und stärkt die interkulturelle Kompetenz der Polizeibeschäftigten.

Das Budget des Erasmusprogramms muss vor diesem Hintergrund aufgestockt und die Zugänge zum Programm für Beschäftigte von Polizei- und Sicherheitsbehörden erleichtert werden. Für die GdP ist zudem klar, dass die Gewerkschaften der Polizeibeschäftigten Zugang zum Erasmus+ Programm bekommen müssen, um die transnationale zivilgesellschaftliche Kooperation in diesem Bereich zu fördern.

6. Wertschätzung aktiver und ehemaliger Polizeibeschäftigter europaweit zum Ausdruck bringen

Mit vollem Einsatz und Idealismus gewährleisten die Beschäftigten von Polizei- und Sicherheitsbehörden in ganz Europa 365 Tage im Jahr unsere Sicherheit und Freiheit. Ihre Erfahrungen im Dienst prägen sie weit über den Ruhestand hinaus. Um diese Menschen und ihre Verdienste gegenüber der Gesellschaft gebührend wertzuschätzen, schlagen wir die Einführung eines „**Tags der Polizei**“ am **1. Oktober jeden Jahres als europäischen Aktionstag** vor.

Der „Tag der Polizei“ soll der bedeutenden Arbeit, dem Einsatz und der Opferbereitschaft der Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten von Polizei und Sicherheitsbehörden Anerkennung zollen. An diesem Tag könnten die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Wertschätzung auszudrücken und Dankbarkeit zu zeigen – sei es durch öffentliche Veranstaltungen, Gedenkfeiern, Anerkennungsveranstaltungen oder in den sozialen Medien. Im Gegenzug könnte die Polizei an diesem Tag zeigen, dass sie in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Dieser Tag sollte daher auch genutzt werden, um das Bewusstsein für die zentrale Rolle der Polizei und Sicherheitsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts zu schärfen. Zugleich würde sich am „Tag der Polizei“ die Gelegenheit bieten, spezifische aktuelle Herausforderungen, wie beispielsweise die europaweit steigende Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft, zu thematisieren.

7. Schwerpunktsetzungen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität vornehmen

Die GdP fordert, eine Schwerpunktsetzung auf die Bekämpfung von **Waffenschmuggel**, illegalem **Drogenhandel**, **Cybercrime**, sexuellem **Kindesmissbrauch** und **Menschenhandel** vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund der Problematiken, mit denen sich die europäische Sicherheitsarchitektur aktuell konfrontiert sieht, sind Schwerpunktsetzungen beim politischen Agenda-Setting angezeigt. Das Europaparlament muss hier seinen Einfluss geltend machen und für eine gezielte Schwerpunktsetzung für die europäische Politik der Inneren Sicherheit der nächsten Jahre sorgen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen müssen wir insbesondere gemeinsame Anstrengungen unternehmen:

- zur Bekämpfung von Waffenschmuggel,
- zum Kampf gegen den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln,
- zur Bekämpfung von Cybercrime,
- bei der Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs
- sowie für die Bekämpfung von Menschenhandel.

8. Gewalt gegen Frauen beenden

Besondere Aufmerksamkeit gehört der Bekämpfung der **Gewalt gegen Frauen**.

Um Gewalttaten gegen Frauen zu verhindern und zu bestrafen, müssen grenzüberschreitende Maßnahmen ergriffen werden. Die geplante EU-Gewaltschutzrichtlinie sollte alle Formen der sexuellen Ausbeutung von Frauen, einschließlich sexueller Gewalt, Vergewaltigung und Missbrauch der weiblichen Sexualität, sowie alle Formen der Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen unter Strafe stellen. Außerdem sind hohe Standards für dann greifende Hilfsmechanismen sicherzustellen, um Betroffene zu schützen und ihren Zugang zu Rechtsprechung und Entschädigung zu gewährleisten. Wir brauchen eine ambitionöse Richtlinie, die alle relevanten Straftatbestände umfasst, damit die gesamte EU zu einem sichereren Ort für alle Frauen und Mädchen wird.

9. Sicherheitsrelevante Rechtsgrundlagen europaweit harmonisieren

Um die Effizienz und Effektivität der Strafverfolgung zu steigern, sollte die EU wichtige sicherheitsrelevante Rechtsgrundlagen harmonisieren, insbesondere im digitalen Bereich, und bspw. die **verpflichtende Speicherung von Verbindungsdaten** auf europäischer Ebene vorantreiben.

Von besonderer Bedeutung bei der Verfolgung und Aufklärung schwerer Straftaten ist aus Sicht der GdP die verpflichtende Speicherung von Verbindungsdaten der digitalen Kommunikation, insbesondere von IP-Adressen. Alle nationalen Polizeibehörden müssen auf von den Service Providern gespeicherte Daten zugreifen können.

Der Europäische Gerichtshof hat in seinen letzten einschlägigen Urteilen Spielraum für rechtskonforme Speicherverpflichtungen getroffen. Da sich nationalstaatlich hier aktuell zu wenig bewegt – und weil gesamteuropäische Lösungen zielführender sind – ist der europäische Gesetzgeber nun aufgerufen, einen Vorschlag für europaweit harmonisierte Mindestspeicherverpflichtungen von IP-Adressen vorzulegen.

10. Die Bekämpfung von Cybercrime forcieren

Die rasante Zunahme von Cyberangriffen und Cyberkriminalität hat gezeigt, dass eine **verstärkte Koordination auf europäischer Ebene und eine gezielte Unterstützung der nationalstaatlichen Strafverfolgungsbehörden** von entscheidender Bedeutung ist, um effektiv gegen diese Bedrohung vorgehen zu können und die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Europol sollte eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung von Cybercrime in Europa spielen. Dies beinhaltet die enge Zusammenarbeit mit nationalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Europol könnte Informationen sammeln, analysieren und teilen, um die Mitgliedstaaten bei der Identifizierung von Cyberkriminellen und der Aufklärung von Angriffen zu unterstützen. Darüber hinaus könnte Europol den nationalen Behörden Schulungen und Ressourcen bereitstellen, um deren Fähigkeiten im Bereich der Cyberkriminalität zu stärken. Um effektiv gegen Cybercrime vorzugehen, ist zudem ein reibungsloser und sicherer Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten unerlässlich. Gemeinsame Datenbanken und Informationsaustauschmechanismen müssen gefördert werden, um den Informationsfluss zu erleichtern. Dies würde eine schnellere Reaktion auf laufende Angriffe und eine bessere Analyse von Cyberbedrohungen ermöglichen.

Da Cybercrime grenzüberschreitend ist, ist zudem die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und internationalen Organisationen von großer Bedeutung. Die Europäische Union sollte sich aktiv an internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Cybercrime beteiligen und den Austausch bewährter Verfahren fördern.

11. Strukturförderprogramme in Ballungsräumen unter interkultureller Schwerpunktsetzung initiieren

Die GdP regt an, auf europäischer Ebene gezielte **Strukturförderprogramme für Ballungsräume** zu initiieren, die auf die Stärkung der Sicherheit und interkulturelle Zusammenarbeit abzielen.

Die GdP fordert die Europäische Union auf, zu prüfen, inwiefern gezielte Strukturförderprogramme für Ballungsräume initiiert werden können, die die Prinzipien der Kriminalgeographie integrieren. Diese Programme sollten darauf abzielen, die Sicherheit in städtischen Gebieten zu verbessern, indem sie kriminalgeographische Analysen nutzen, um Hotspots für Kriminalität zu identifizieren und gezielte Maßnahmen zur Prävention und Strafverfolgung zu entwickeln. Die Anforderungen zur Beantragung müssen

niedrigschwellig und leicht zugänglich sein. Durch die gezielte Investition in sicherheitsrelevante Infrastruktur und die Förderung von Polizeipräsenz in kriminalitätsbelasteten Gebieten würden diese Programme zur Verringerung von Kriminalität und zur Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Darüber hinaus sollten die interkulturelle Zusammenarbeit und der Dialog zwischen verschiedenen Gemeinschaften in diesen Ballungsräumen gefördert werden, um soziale Spannungen zu reduzieren und die Sicherheit insgesamt zu erhöhen.

12. Klimaresilienz von Sicherheitsbehörden und Polizeien fördern

Um den European Green Deal auch in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden umzusetzen, sollten **umweltfreundliche Polizeifahrzeuge und der Bau klimaneutraler Polizeidienststellen** gefördert und eine **Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität** geschaffen werden.

Um sicherzustellen, dass der European Green Deal in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere bei den Sicherheitsbehörden konsequent umgesetzt wird, müssen auch in diesem Bereich fördernde Maßnahmen auf europäischer Ebene getroffen werden. Angeregt wird, auf europäischer Ebene die Grundlage für die systematische Identifizierung und Analyse der Bedarfe bezüglich der anzugehenden Klimawandelanpassung im Polizeiwesen in den Mitgliedstaaten zu schaffen. Zugleich ist zu prüfen, inwiefern auf europäischer Ebene Finanzmittel zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen der Klimawandelanpassung im Bereich Polizei für die Mitgliedstaaten bereitgestellt werden können.

Beispielsweise ist anzuregen, dass die EU die Anschaffung umweltfreundlicher Polizeifahrzeuge wie Hybrid- oder Elektroautos aktiv fördert, indem sie finanzielle Anreize setzt und Forschungsförderung bereitstellt. Darüber hinaus sind klare Anreize nötig, die die Mitgliedstaaten beim Bau und der Sanierung von Polizeidienststellen auf umweltfreundliche Weise unterstützen.

Schließlich wird angeregt, dass die EU die Schaffung einer flächendeckenden Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität unterstützt, einschließlich des Ausbaus von Stromladesäulen im öffentlichen Straßenraum, die Stellen der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen müssen.

13. Krisenfestigkeit der Sicherheitsbehörden in Europa sicherstellen

Angesichts verschiedener Krisen wie der COVID-19-Pandemie, der Rückkehr kriegerischer Auseinandersetzungen nach Europa und klimafolgenbedingten Großschadensereignissen setzt sich die GdP für die Entwicklung einer **europäischen Resilienzstrategie** ein. Dies beinhaltet die Vorbereitung auf verschiedene Arten von Krisen, einschließlich Naturkatastrophen, Terroranschlägen, Pandemien und anderen Notfällen.

Es muss eine europäische Resilienzstrategie erarbeitet werden, die die Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden zum Ziel haben muss, um eine koordinierte Reaktion auf Krisensituationen zu gewährleisten. Ein Baustein ist die Verbesserung der Zusammenarbeit auf technischer Ebene. Ein exemplarischer Baustein ist hierbei, dass das Bedürfnis der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Europa bei der anstehenden Vergabe von Mobilfunkfrequenzen spezifische Berücksichtigung finden muss.

Darüber hinaus müssen transnationale Schulungen sowie Übungen und materielle sowie personelle Ressourcen koordiniert und bereitgestellt werden, um die Fähigkeiten und die Flexibilität der Sicherheitskräfte in der Bewältigung von Krisen zu verbessern. Dies ist entscheidend, um die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

14. Ziel der Vision Zero im Verkehr weiter vorantreiben

In kaum einem Bereich ist die Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Vorgehens so augenfällig wichtig wie bei der grenzüberschreitenden Mobilität, die zudem durch die zunehmende Digitalisierung geprägt ist. Daher müssen die laufenden **Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit im Verkehr** auf europäischer Ebene zwingend weiter forciert werden.

Um die Vision Zero im Verkehr – also die Reduzierung der Zahl der Verkehrsunfallopfer auf null – zu erreichen, sind weitere Anstrengungen auf europäischer Ebene erforderlich. Aus polizeilicher Sicht ist hierbei besonders wichtig, dass Verkehrsregeln und Sanktionen für Verstöße europaweit harmonisiert werden, um ein gleichmäßig hohes Niveau der Verkehrssicherheit, insbesondere auch im grenzüberschreitenden Verkehr, zu gewährleisten.

Zudem müssen die auf europäischer Ebene gesetzten Rechtsgrundlagen, die unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizeien in den Mitgliedstaaten haben, so angepasst werden, dass die Polizeien Europas technisch und rechtlich in die Lage versetzt werden, miteinander grenzüberschreitend und digital benötigte Informationen ohne Zeitverzug austauschen und neue, digitale Technologien bei der Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme einsetzen zu können. Insbesondere

müssen die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass Polizei und Justiz digitale Unfallsuren unmittelbar auslesen und auswerten können. Der Zugang zu Fahrzeugdaten bedarf unverzüglich einer sektorspezifischen Lösung auf EU-Ebene. Die General Safety Regulation (EU 2019/2144) ist zeitnah so anzupassen, dass der Event-Data-Recorder auch Standort, Datum und Uhrzeit nebst Zeitzone für die Durchführung von Unfallanalysen speichert.



Gewerkschaft der Polizei

Bundeschvorstand

Gewerkschaft der Polizei
Bundeschvorstand
Stromstr. 4
10555 Berlin
www.gdp.de